

# Vorwärts Genossen, ihr müsst zurück

Von

Heiner Flassbeck

WuM, März 2004

Einige in der SPD haben wohl begriffen, dass etwas passieren muss. Zuerst haben sie von einer Kabinettsumbildung fabuliert, die das Signal für einen neuen Aufbruch geben könnte. Dann hat der Bundeskanzler Ruhe an der Reformfront verordnet. An diesem Freitag, dem 6. Februar, hat er selbst seinen Rückzug vom Amt des Parteivorsitzenden angekündigt und hat seinen treuesten Vasallen designiert, um zu zeigen, dass sich etwas tut.

Nur, was tut sich eigentlich? Wird die erfolglose Politik der letzten Jahre geändert? Wird der Glaube an die vom Bundeskanzler propagierte Agenda 2010 in der Bevölkerung und bei den SPD-Mitgliedern wachsen, wenn die Partei sich von nun an gelegentlich von der Regierungspolitik distanziert. Wohin will Müntefering die Partei allerdings lenken? Hat er ein anderes Konzept, ein besseres Programm als die von der SPD getragene Bundesregierung?

Nein, von all dem kann keine Rede sein. Die Politik geht weiter ihren „reformerischen“ Gang. Besser erklären wollen sie es von heute an, aber das sagen die Politiker immer, wenn sie nicht mehr verstehen können, was beim Bürger auf der Strasse los ist. Jenseits des Politik bla-bla aber ist klar: Die Menschen spüren, dass die „Reformen“ wehe tun, sie sehen aber nicht, dass sich etwas verbessert. Deswegen treten sie aus der SPD aus und erzählen jedem Meinungsforscher, dass sie in Zukunft nicht mehr SPD wählen werden.

Das ist so einfach wie unbestreitbar, die SPD aber wird so weitermachen wie bisher, weil sie mit dieser Mannschaft und unter den herrschenden Umständen nur so weitermachen kann. Deswegen nutzen die spektakulärsten Personaloperationen nichts, sondern sind nur der hilflose Versuch, mediengerecht zu verschleiern, dass die gesamte Wirtschaftspolitik kläglich gescheitert ist.

Das ist tragisch für die SPD, weil sie von vorneherein nur einen sehr beschränkten Handlungsraum hatte. Eingekeilt von Brüsseler Stabilitätspaktideologen, einer vollkommen unkooperativen Europäischen Zentralbank, einer übermächtigen Lobby aus Industrie und Finanzwelt und einer „reformerisch“ ideologisierten Medienlandschaft, suchte sie die Lösung der gesamtwirtschaftlichen Probleme im weitgehend akzeptierten Klein-Klein von Scheinreformen. Diese liefen aber nur darauf hinaus, die Errungenschaften des Sozialstaates und der Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen, die der SPD einst ihre Identifikationsbasis geliefert hatten.

Diese Operation konnte niemals gelingen, weil keine der vielen Reformen auch nur im Ansatz jemals geeignet gewesen wäre, die Art von Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche zu bekämpfen, die Deutschland und Europa seit vielen Jahrzehnten kennzeichnen. Statt von vorneherein zusammen mit den wichtigsten europäischen Partnern den Ausbruch aus der Umklammerung von Kommission und Zentralbank zu versuchen, die Berliner Lobbyisten als solche zu behandeln und den Medien Paroli zu bieten, ist die SPD mit Schröder den Holzweg

des geringsten Widerstandes gegangen, auf dem man „nur“ die eigene Basis niederwalzen musste.

Zwar ist es auch jetzt für eine Richtungsänderung nicht zu spät, doch die handelnden Personen in der SPD könnten sie nicht mehr glaubwürdig verkaufen. Das schränkt die politische Option auf ein zackiges „weiter so“ ein. Keine Katze aber lässt sich in Deutschland nach fünf Jahren permanenter Reformpolitik ohne jedes positive Ergebnis noch mit dem Versprechen „wir machen weiter, verkaufen uns aber besser“ hinter dem Ofen hervorlocken. Wer jedoch die Menschen weder von dem einen noch von dem anderen überzeugen kann, kann gar nichts mehr.

So ist dieser Freitag Anfang Februar 2004 tatsächlich das Ende einer Ära. Das Ende des Versuches nämlich, aus der SPD heraus eine „moderne“ Wirtschaftspolitik zu betreiben. Es ist aber nicht modern, sondern dumm, alte Zöpfe abzuschneiden, wenn man keine attraktive Alternativfrisur zur Hand hat. Von Anfang an ging es in der Strategiediskussion der SPD nur um die Frage, ob und wie man es der „alten Tante“ SPD verkaufen könne, dass nun die neuen Zeiten der Globalisierung da sind, in der ihre traditionellen Überzeugungen nicht mehr gelten.

Nicht ein Mal in all den Regierungsjahren hat es in der SPD eine ernsthafte Auseinandersetzung um die Wirksamkeit von „moderner“ Wirtschaftspolitik gegeben. Wer immer versuchte, die modernen Eiferer zu bremsen, wurde ausgegrenzt oder totgeschwiegen. Es konnte ja nicht sein, dass eine sozialdemokratische Partei, die es „endlich“ schafft, in Sachen Wirtschaftspolitik zur Moderne aufzuschließen, sich von einigen Unbelehrbaren zurückhalten lässt. Gibt es etwas Schöneres als die tägliche Bestätigung von den Medien, man sei auf dem richtigen Wege? Gibt es etwas Überzeugenderes als das anerkennende Schulterklopfen von Managern und großen Wirtschaftslenkern, die der SPD eine realistische Weltsicht bescheinigen?

Es war ein schöner Traum: Die SPD nicht nur wirtschaftspolitisch erfolgreich, sondern auch noch mit Rezepten, die nichts, aber auch gar nichts mit der alten Sozialdemokratie zu tun hatten. Nun ist die Traumblase geplatzt, weil die SPD nach der Wahl von 1998 nicht verstanden hat, dass man ein anderes gesamtwirtschaftliches Konzept haben muss, wenn man erfolgreicher als die konservativen Vorgängerregierungen sein wollte. Stattdessen hat sie darauf gesetzt, exakt den gleichen Ansatz zu verfolgen, die negativen sozialen Rückwirkungen nur etwas „gerechter“ abzufedern. Das war - angesichts der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge - ein Widerspruch in sich. Die konservative „Reformagenda“ musste nämlich nach einiger Zeit wegen Erfolglosigkeit verschärft werden. Da fiel das soziale Feigenblättchen und der Kaiser stand ohne Kleider da.